

Neue Lösung für die Schulfinanzen gesucht

Primarschulen im Baselbiet Wer befiehlt, soll auch zahlen: Der Kanton Baselland dürfte bald die Gemeindeschulen mitfinanzieren.

BaZ, 18.03.2021

Thomas Dähler

Noch hat der Regierungsrat nur eine Auslegeordnung verabschiedet. Doch es zeichnet sich ab, dass sich der Kanton in naher Zukunft an der Finanzierung der Primarschulen beteiligen müssen, wie es der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) verlangt. Gemäss dem 2017 von den Stimmberechtigten beschlossenen Verfassungsartikel müssen die Zuständigkeit für eine Aufgabe und deren Finanzierung beim selben Gemeinwesen liegen.

Seit langem monieren die Baselsbieter Gemeinden, sie müssten zunehmend mehr Geld für die Finanzierung der Primarschulen in die Hand nehmen, weil der Kanton Regulierungen vornehme, die die Gemeinden finanzieren müssten. Im vergangenen August hat der VBLG deshalb der Bildungsdirektion in Liestal einen Vorschlag unterbreitet, wie er Verantwortung und Finanzierung künftig teilen möchte. Der Regierungsrat hat jetzt eine Auslegeordnung der verschiedenen Zuständigkeits- und Finanzierungsvarianten vorgenommen.

Chancengleichheit wahren

Dabei zeichnet sich ab, dass die von den Gemeinden favorisierte Lösung auch beim Kanton Anklang findet. Die Gemeinden

schlagen vor, dass sich der Kanton an den Lohnkosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeschulen im Umfang der kantonalen Entscheidungsbefugnisse beteiligt. Im Klartext: Der Regierungsrat und der Landrat sollen künftig keine Beschlüsse mehr fällen, deren Auswirkungen nicht auch aus der Kantonskasse bezahlt werden.

Die Auslegeordnung hat ergeben, dass Extremlösungen chancenlos sind. Es wird nicht dazu kommen, dass die Gemeindeschulen kantonalisiert werden. Und es wird auch nicht dazu kommen, dass allein die Gemeinden über ihre Primarschulen bestimmen. Im Vordergrund steht eine Lösung, welche die Chancengleichheit aller Schülerinnen und Schüler aus allen Gemeinden im Baselbiet wahrt – und welche gleichzeitig sicherstellt, dass die Gemeinden mit guten Schulen für eine entsprechende Standortattraktivität sorgen können. Im Fokus stehen Verbesserungen und keinesfalls Nivellierungen nach unten.

An ihrer Tagsatzung haben die Gemeinden festgehalten, dass sie das Einzugsgebiet ihrer Schulen autonom festlegen wollen. Mehrheitlich wollen sie auch für Erstellung, Unterhalt und Finanzierung der Schulhäuser aufkommen. Bei den Lehrkräften soll der Kanton mindestens 50

Im Fokus stehen Verbesserungen und keinesfalls Nivellierungen nach unten.

Prozent der Lohnkosten finanzieren. Dabei sollen die Anstellungen auch in Zukunft bei den Gemeinden bleiben, doch solle der Kanton Lehrplan, Stundenplan und Anzahl Lektionen bestimmen – die Details müssten im Rahmen eines Projekts ausgehandelt werden.

Die Kantonsregierung hat in der Folge die Regelungen in mehreren Kantonen verglichen und für das Baselbiet die Vor- und Nachteile von sechs Varianten geprüft. Dabei befürwortet die Regierung eine Variante, die eine kantonale Mitfinanzierung in Form einer Schülerpauschale im Umfang von ungefähr 50 Prozent der Lohnkosten vorsieht.



Wer bezahlt künftig die Primarschulen? Kanton und Gemeinden gemeinsam? Foto: Pat Lüthy

Dies sei zwar kompliziert, aber unter Einbezug von Erfahrungen anderer Kantone lösbar. Und vor allem: Die Chancen, dass diese Lösung breit akzeptiert wird, seien gut.

Folgen für Finanzausgleich

Doch wenn sich Regierung und Parlament zu einem solchen System entschliessen, dürfte dies auch Folgen auf das heutige Steuersystem und auf den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden haben. Schon heute nämlich beteiligt sich der Kanton an den Kosten: In geringem Masse nämlich entschädigt er die Gemeinden über Lastenabteilungen und über eine Pauschale für die sechsten Klassen, die erst mit Harmos an die Gemeinden übergangen.

Eine neue Lösung müsste einen neuen Steuerschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden zur Folge haben. Der Steuerfuss der Kantonssteuern würde steigen, derjenige der Gemeindesteuern sinken. Und in der Folge müsste auch der Finanzausgleich an das neue Niveau der Gemeindesteuern angepasst werden. Eine bessere Lösung für die Gemeindeschulen müsste entsprechend von einer Neuordnung der Finanzen zwischen Kanton und Gemeinden begleitet werden – eine anspruchsvolle Aufgabe für alle Beteiligten.